

Stellungnahme des Deutschen Behindertensportverbandes e.V.

Sportausschusssitzung am 25. Juni 2025

Über den Deutschen Behindertensportverband (DBS) e.V.

Der Deutsche Behindertensportverband und das Nationale Paralympische Komitee (DBS) e.V. ist als Spitzenverband im Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) für den Sport von Menschen mit Behinderung zuständig. Der DBS sieht sich mit seinen über 520.000 Mitgliedern in rund 6.300 Vereinen, 17 Landes- und 2 Fachverbänden, knapp 39.000 lizenzierten Übungsleiter*innen sowie rund 90.000 ehrenamtlich tätigen Vereinsmitarbeiter*innen als kompetenter Ansprechpartner und Kompetenzzentrum für den Breiten-, Präventions- und Rehabilitationssport sowie den Leistungssport von Menschen mit Behinderungen sowie chronischer Erkrankung. Bei seiner Arbeit verfolgt der DBS ausdrücklich das Ziel, dass alle Menschen gleichermaßen nach ihren individuellen Wünschen und Voraussetzungen selbstbestimmt und gleichberechtigt an Bewegungs-, Spiel- und Sportangeboten teilhaben und sich auf nationaler und internationaler Ebene miteinander messen können. Dabei orientiert sich der DBS an den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK), die seit dem 26. März 2009 in Deutschland in Kraft getreten ist. Der DBS setzt sich, gemeinsam mit seinen Landes- und Fachverbänden, seit über 70 Jahren für Inklusion und Teilhabe ein. Dabei verstehen wir Inklusion als einen Prozess, bei dem das Wunsch- und Wahlrecht nach selbstbestimmter Teilhabe an erster Stelle steht. Bei allen ergriffenen Maßnahmen muss die selbstbestimmte und gleichberechtigte Teilhabe für Menschen mit Behinderung im Sport möglich sein. Dies beinhaltet sowohl das aktive Sporttreiben, also die Teilnahme am Sportangebot selbst, als auch die passive Teilhabe am Sport (z.B. als Zuschauer*in) sowie die Übernahme von haupt- oder ehrenamtlichen Funktionen im Sport (z.B. als Übungsleiter*in).

Der Koalitionsvertrag stellt bereits ein positives Signal für den Sport von Menschen mit Behinderung dar. Die Schaffung der Position einer Staatsministerin für Sport und Ehrenamt begrüßen wir als DBS ausdrücklich. Durch die Ansiedlung im Kanzleramt

hoffen wir nun auf eine effektivere Koordinierung sowie eine bessere Verzahnung von Bund, Ländern und Verbänden.

Und auch die Tatsache, dass die Bundesregierung und die Ministerpräsident*innen der Länder am Donnerstag, 19. Juni, den Sport als Förderbereich für das Sondervermögen aufgenommen haben, nehmen wir mit großer Freude und Erleichterung zur Kenntnis. Dennoch appellieren wir weiterhin an die politischen Entscheidungsträger*innen, insbesondere folgende Punkte weiterhin zu berücksichtigen:

1. Stellenwert des Sports für die Gesellschaft erkennen und nutzen

Sport schafft Zusammenhalt, fördert Gesundheit, Demokratie und Teilhabe. Wir fordern, dass der gemeinwohlorientierte Sport, insbesondere für Kinder und Jugendliche mit Behinderung, politisch sichtbarer wird. Eine gleichberechtigte mediale Repräsentation des paralympischen Sports auch jenseits der Großereignisse ist hierfür zentral.

2. Bewegungsmangel entgegenwirken

Dass Sport und Bewegung positive Einflüsse haben auf die körperliche und psychische Gesundheit sowie vielen Erkrankungen vorbeugen können, ist hinlänglich bekannt. Trotz der vielen Vorteile ist der Bewegungsmangel in Deutschland ein erhebliches Problem – insbesondere bei Menschen mit Behinderung. Nicht selten wird deren Teilhabe am Sport in der Praxis erschwert oder gar verhindert.

Wir fordern daher dem Bewegungsmangel aktiv entgegenzuwirken mit der Etablierung eines Gesundheitsziels „Bewegungsmangel reduzieren“ und mit konkreten Verbesserungen für Menschen mit Behinderungen, bspw. in der Hilfsmittelversorgung.

Sporthilfsmittel wie Sportrollstühle oder Prothesen müssen unbürokratisch und unabhängig vom Alltagsbedarf finanziert werden. Die bestehenden Zugänge sind oft zu langwierig. Wir fordern eine gesetzlich abgesicherte, vereinfachte und altersübergreifende Lösung, z.B. durch die Schaffung eines eigenen Budgets für Bewegungsförderung und Sport.

3. Voraussetzung für sportliche Spitzenleistungen schaffen und honorieren

Eine strukturierte Neuausrichtung im Spitzensport muss nicht nur im olympischen, sondern auch im paralympischen Sport stattfinden. Hier würden wir eine Verstärkung der Bundesmittel sowie eine zügige Entscheidungsfindung begrüßen. Der Behindertensport braucht eine dem olympischen Sport gleichrangige Förderung, mit verbesserten Bedingungen für Sportler*innen, Trainer*innen und auch der Berücksichtigung von spezifischen Aspekten des Behindertensports. Für das hauptamtliche Leistungssportpersonal gilt es die finanziellen und arbeitsrechtlichen Rahmenbedingungen zu optimieren, um die vorhandenen Expert*innen langfristig zu binden. Hierfür sind nicht nur moderate Aufwüchse, sondern insbesondere die dauerhafte Aufnahme der jeweiligen Budgets im Bundeshaushalt erforderlich. Für das Trainer- und Betreuerpersonal auf Honorarbasis muss der Erwerbsstatus der Selbständigkeit durch die Deutsche Rentenversicherung (DRV) bestätigt werden, um den finanziellen und administrativen Aufwand im Sinne aller Beteiligten so gering wie möglich zu halten und den Einsatz dieser Expert*innen praxisnah und effizient zu gestalten. Die derzeitige uneinheitliche Behandlung dieser Personengruppen schafft Unsicherheit und führt zur Abwendung vom Leistungssport. Auch bei der Ausgestaltung der Sportjahresplanung sind aufgrund der erhöhten Bedarfe und der gestiegenen Kosten eine langfristige Aufstockung der Mittel für den Para Sport erforderlich, um weiterhin international wettbewerbsfähig zu bleiben.

Schließlich sind im Bereich der Athletenförderung die positiven Entwicklungen fortzusetzen, um gleichwertige Rahmenbedingungen für unsere Spitzen- und Nachwuchsathlet*innen in Analogie zum olympischen Sport zu schaffen.

4. Bewerbung Olympische und Paralympische Spiele vorantreiben

Wir befürworten ausdrücklich die deutsche Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele. Dieses Projekt kann ein deutlicher Schub für inklusive Sportentwicklung sein, wenn paralympische Belange von Anfang an gleichberechtigt mitgedacht werden – in Infrastruktur, Bildung, Ehrenamt und medialer Darstellung.

5. Barrierefreiheit in und um Sportstätten

Die geplante Bundesmilliarde für den Sport ist ein bedeutendes Signal. Sie muss jedoch richtig verteilt und dauerhaft abgesichert werden. Dabei fordern wir, die Bereitstellung der Mittel für die Sanierung und den Neubau von Sportstätten auch immer an die Barrierefreiheit zu knüpfen. Solche Infrastrukturmaßnahmen müssen nach dem Zwei-Sinne-Prinzip geplant und saniert werden. Für diese notwendigen Sanierungs- und Modernisierungsmaßnahmen sind dringend umfassende Investitionen in die Sportinfrastruktur des Landes nötig. Die aktuell vorhandenen Mittel reichen nicht aus, um den Sanierungsstau von geschätzten 31 Milliarden bei der Sportinfrastruktur aufzulösen. Die im Koalitionsvertrag verankerte „Sportmilliarde“ ist gut, aber nicht ausreichend. Dass Bundeskanzler Friedrich Merz und die Regierungschefs der Länder diese Dringlichkeit erkannt und mit der Erweiterung der Förderzwecke gewürdigt haben, stimmt uns positiv.

6. Ehrenamtliches Engagement stärken

Mit Blick auf den angekündigten „Zukunftspakt Ehrenamt“ begrüßen wir die angekündigte Entbürokratisierung. Das Bürokratierückbaugesetz muss zügig

konkrete Erleichterungen für Sportvereine enthalten – z. B. bei Förderrichtlinien, Verwendungsnachweisen oder Assistenzleistungen für ehrenamtlich tätige Menschen mit Behinderung. Viele Vereine sehen den Übungsleiter*innen-Mangel als die zentrale Herausforderung bei der Aufrechterhaltung von Bewegungsangeboten.

7. Breitensport und Jugend fördern

Bewegung ist Gesundheitsvorsorge, ob körperlich oder mental. Präventions-, Rehabilitations- und Breitensport sind wichtige Aspekte des Sports. Der DBS ist, gemeinsam mit seinen Landes- und Fachverbänden, für den Breiten-, Präventions- und Rehabilitationssport von Menschen mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen und die Entwicklung von entsprechenden Angeboten verantwortlich. Durch diese Angebote werden breite Bevölkerungsschichten erreicht und insbesondere gesundheitsorientierte Bewegung ermöglicht, die Folgekosten im Gesundheitssystem reduzieren. Die notwendigen Rahmenbedingungen müssen durch Gesetze auf Bundes- und Länderebene geschaffen werden, um das Sporttreiben niederschwellig zu ermöglichen. Inklusion muss im schulischen Ganzttag gelebt werden und der Rahmen für echte Teilhabe gesetzt werden. Die Ausstattung von Bewegungs- und Sporträumen muss inklusiv gestaltet und der organisierte Behindertensport systematisch als Bildungsakteur eingebunden werden, um allen Kindern und Jugendlichen eine gleichberechtigte Teilhabe und Förderung zu ermöglichen.

Unsere Arbeit folgt dem Anspruch, dass alle Menschen selbstbestimmt, gleichberechtigt und wohnortnah an Bewegung, Spiel und Sport teilhaben können. Unser Ziel ist es, den Sport als integrativen Bestandteil einer inklusiven Gesellschaft zu stärken. Dafür bitten wir den Sportausschuss um klare politische Weichenstellungen und strukturelle sowie finanzielle Unterstützung.